

Was wird aus dem Friedens- und Erneuerungsprozess?

von Karl-Heinz Krämer

(ursprünglich veröffentlicht in Nepal Information 106, Zeitschrift der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft e.V.)

Seit genau zwei Jahren treten die verantwortlichen Politiker auf der Stelle. In den ersten Monaten des Jahres 2009 konzentrierten sich die am weitreichenden Erhalt konservativer Strukturen interessierten Politiker, namentlich ein großer Teil der Führer des Nepali Congress (NC) und des konservativen Flügels der CPN-UML darauf, die Reformbestrebungen der von der CPN-Maoist geleiteten Regierung auf Biegen und Brechen zu verhindern. Dank der Unterstützung der Armeeführung und letztlich auch Präsident Ram Baran Yadavs wurde die von Pushpa Kamal Dahal geführte Regierung im Mai 2009 zum Rückzug verleitet.

Unfähigkeit zur Regierungsbildung

Obgleich die CPN-Maoist über fast 40% der Sitze in der verfassunggebenden Versammlung verfügt, wurde eine neue Regierung ohne Beteiligung dieser Partei gebildet, in der 22 Parteien auf ihre Mitsprache pochten. Neuer Premierminister wurde Madhav Kumar Nepal (CPN-UML), der bei den Wahlen vom April 2008 in zwei Wahlbezirken als Direktkandidat seiner Partei angetreten war und in beiden Fällen von den Wählern abgelehnt wurde. Nachdem er zunächst die Verantwortung für die heftige Wahlniederlage seiner Partei übernahm und vom Posten der Generalsekretärs zurücktrat, wurde er später auf Umwegen für ein freigeswordenes Listenmandat der CPN-UML nachnominert. Seine Legitimation für das Amt des Premierministers ist daher zumindest fraglich.

Nach dem Amtsantritt seiner Regierung war es nun die oppositionelle CPN-Maoist, die ihrerseits jede rationale Politik verhinderte. Das, wofür die Abgeordneten der verfassunggebenden Versammlung eigentlich gewählt worden waren, nämlich die Schaffung einer Grundlage für ein neues, durch Gleichheit und Integration aller Gesellschaftsgruppen ausgezeichnetes und auf Erhalt des Friedens bedachtes Nepal, schien keinen der führenden Politiker mehr zu interessieren. Es ging nur noch um die Wahrung persönlicher Machtinteressen der Politiker.

Die logische Konsequenz war, dass die neue Verfassung nicht fristgerecht am 28. Mai 2010 verab-

schiedet werden konnte. Zwar hatten die diversen parlamentarischen Ausschüsse bis Ende 2009 ihre Vorschläge für die neue Verfassung vorgelegt, doch verhinderten die Führer aller Parteien erfolgreich die notwendige Diskussion derselben in der verfassunggebenden Versammlung. In buchstäblich letzter Sekunde einigten sich die Politiker darauf, die Laufzeit der Versammlung um genau ein Jahr zu verlängern. Wesentliche Bestandteile des Abkommens der Parteien waren der Rücktritt der Regierung von Madhav Kumar Nepal, die Bildung einer Konsensregierung, das Management der maoistischen Volksbefreiungsarmee (PLA), die Auflösung der paramilitärischen Young Communist League (YCL) der UCPN-Maoist und die Rückgabe des von den Maoisten in der Zeit des Aufstands konfiszierten Eigentums an die ursprünglichen Besitzer.

Wer geglaubt hatte, dass damit der Verfassungsprozess neu belebt worden wäre, sah sich rasch getäuscht. Es dauerte allein fast einen Monat, ehe Madhav Kumar Nepal offiziell als Premierminister zurücktrat. Da man sich seither auf keine neue Regierung einigen konnte, ist die zurückgetretene Regierung seit sieben Monaten nur noch geschäftsführend im Amt, ein untragbarer Zustand. Zunächst waren drei Kandidaten für das Amt des neuen Premierministers angetreten. Jhala Nath Khanal, der Vorsitzende der CPN-UML, zog seine Kandidatur bereits vor dem ersten Wahlgang zurück. Die beiden verbliebenen Kandidaten, Pushpa Kamal Dahal von der UCPN-Maoist und Ram Chandra Poudel von Nepali Congress, konnten in sieben Wahlgängen keine Mehrheit der Abgeordneten für sich erringen. Daher zog auch Dahal am 26. September, vor dem achten Wahlgang, seine Kandidatur zurück. In neun weiteren Wahlgängen trat Ram Chandra Poudel allein an, obgleich er zuletzt nicht einmal alle Stimmen seines Nepali Congress auf sich vereinen konnte, der ohnehin nur über 20% der Abgeordneten verfügt. Poudel erklärte sein unverantwortliches und völlig undemokratisches Vorgehen damit, dass dies seine Art von Satyagraha, der von Gandhi einst so erfolgreich praktizierten Form passiven Widerstands sei. Ohne Rückzug seiner Kandidatur können nach den gültigen Regeln der Übergangsverfassung keine neuen Kandidaten ins Rennen geschickt werden. Poudel und sein Nepali Congress weigern sich aber auch Mitte Januar 2011 vehement, die Kandidatur Poudels aufzugeben.

So wurden die ersten acht Monate der einjährigen Verlängerungszeit der verfassunggebenden Versammlung mit sinnlosen Machtkämpfen der Politiker um eine neue Regierungsbildung vergeudet. Am 11. Oktober wurde zwar eine Projektgruppe zur Ausräumung der rund 220 in Bezug auf die neue Verfassung bestehenden Streitpunkte gebildet, die von Pushpa Kamal Dahal geleitet wurde und der führende Politiker diverser Parteien angehörten, doch waren erst 100 Streitfragen erfolgreich geklärt, als die Laufzeit der Projektgruppe Mitte Dezember 2010 auslief; auf eine Verlängerung konnte man sich trotz des relativen Erfolgs nicht einigen. Negativ war auch, dass einmal mehr zum Teil nicht gewählte Politiker die Inhalte der neuen Verfassung diskutierten und nicht die gewählten Abgeordneten der auf inklusive Zusammensetzung bedachten verfassunggebenden Versammlung.

Versagende Parteien und Politiker

Fazit: Die Ausarbeitung der neuen Verfassung ist seit dem 28. Mai 2010 keinen Schritt vorangekommen und es gibt kaum Hoffnung dass sich an diesem Umstand bis zum 28. Mai 2011 viel ändern wird. Verantwortlich sind ganz eindeutig die völlig irrationalen und machthungrigen Politiker, die sich nicht nur über Parteigrenzen hinweg, sondern auch innerhalb ihrer jeweiligen Parteien endlosen Streitereien hingeben und wenig bis gar kein Interesse an einem erfolgreichen Abschluss des Friedens- und Erneuerungsprozesses zeigen. Nachfolgend soll dies an den drei großen Parteien und einigen ihrer Hauptplayer erläutert werden.

Nepali Congress

Da ist zunächst der Nepali Congress zu nennen, jene große politische Partei der Vergangenheit, die heute nur noch ein in sich zerstrittener Scherbenhaufen ist. Unter dem politischen System von 1990 hatte über lange Jahre Girija Prasad Koirala versucht, seine Partei mit Härte, aber auch viel Starrsinn zusammenzuhalten. Dabei hat er etwas ganz wesentliches versäumt, nämlich den NC intern zu demokratisieren und zu einer inklusiven Partei umzugestalten. Statt dessen verschärfte er die Tradition der Vetternwirtschaft und ließ sich auch nicht durch parteiinterne Zerwürfnisse von diesem Kurs abbringen. So erlitt der NC bei den Wahlen vom November 1994 eine herbe Niederlage, weil Girija den Forderungen seines alten Parteirivalen Ganesh Man Singh, des anerkannten Führers der Demokratiebewegung von 1990, nach mehr Inklusivität der Partei kein Gehör schenkte. Singh trat damals aus der Partei aus und schickte Gegenkandidaten gegen die offiziellen Kandidaten des NC ins Rennen. Ein offener Bruch der Partei aber fand damals nicht statt.

Bei den Wahlen von 1999 drohte erneut ein solcher, doch wendete Girija diesen ab, indem er ohne Konsultation anderer NC-Politiker seinen alten Rivalen Krishna Prasad Bhattarai zum Spitzenkandidaten seiner Partei erklärte. Nach der für den

NC erfolgreichen Wahl aber setzte Girija alles daran, Bhattarai möglichst rasch wieder aus dem Amt des Premierministers zu verdrängen.

Das System von 1990 war schon im Niedergang begriffen, als es dann Ende Mai 2002 zu einer formellen Spaltung des NC kam. Der damalige Premierminister Sher Bahadur Deuba betrieb die Spaltung seiner Partei, weil er für die Verlängerung des damaligen Ausnahmezustands auch in seiner eigenen Partei keine Mehrheit mehr fand. Die beiden NC-Gruppen fanden erst nach dem königlichen Putsch wieder zusammen.

Nach dem Tod Girija Prasad Koiralas am 20. März 2010 vertieften sich die Grabenkämpfe innerhalb der Partei erneut. Es gibt heute im NC keine derart schillernde Persönlichkeit, welche die Flügel der Partei wenigstens einigermaßen zusammenhalten könnte. Girija selbst hatte zuletzt noch versucht, seine Tochter Sujata als seine politische Erbin vorzuschieben, natürlich erneut ohne Konsultation seiner Partei, doch war dieser Prozess noch nicht ganz abgeschlossen, als er starb. Sujata ist heute zwar Außen- und stellvertretende Premierministerin, aber innerhalb der Partei ist sie noch nicht ganz reif für die höchsten Ämter. Ihr lastet aus demokratischer Sicht außerdem an, dass sie bei den Wahlen von 2008 von den Wählern abgelehnt wurde und erst von ihrer Partei in nicht ganz koscherer Form nachnominiert wurde. Es war nämlich vorgesehen, dass die Regierung nach den Wahlen 26 Abgeordnete aus dem Kreis bedeutender Persönlichkeiten oder aus den Reihen nicht berücksichtigter Bevölkerungsgruppen nominieren sollte. Am Ende teilten die Parteien diese Mandate jedoch unter sich auf, wovon auch Sujata profitierte. In Bezug auf eine gewisse Kooperation mit der UCPN-Maoist hat Sujata noch am ehesten Kompromissbereitschaft erkennen lassen.

Auf dem Parteitag des NC im September 2010 wurde Girijas Neffe Sushil Koirala, zuvor Generalsekretär, als neuer Parteivorsitzender gewählt. Er bringt aus Sicht vieler Nepali keinerlei Führungsqualitäten mit sich. Er ist jedenfalls nicht der Politiker, der den NC wieder zu alter Stärke zurückführen kann. Dies zeigte sich auch in den Folgemonaten, als es ihm nicht gelang, die von ihm befürworteten Kandidaten für das Zentralkomitee der Partei durchzusetzen. In Bezug auf den Umgang mit der UCPN-Maoist befürwortet Sushil Koirala einen sehr harten und in keinerlei Hinsicht kompromissbereiten Weg.

Sein Hauptgegner innerhalb des NC ist Sher Bahadur Deuba, in der Vergangenheit eine der unglücklichsten Premierminister Nepals. 1995/6 versuchte er zunächst, die Formierung der Maoisten im westlichen Bergland mit Polizeigewalt zu unterdrücken und missachtete vor dem Ausbruch des „Volkskriegs“ den Forderungskatalog der Maoisten völlig, obgleich dieser sehr viele Forderungen enthielt, die gemäß der Verfassung zu den Hauptaufgaben einer jeden Regierung gehören sollten. Mitte 2001 ließ er sich zwar auf einen Dia-

log mit den Maoisten ein, allerdings ohne jegliche Agenda. Die Folge war die völlige Eskalation des Konflikts, die Mobilisierung der Armee und die Verhängung eines Ausnahmezustands. Ende Mai 2002 spaltete er, wie schon erwähnt, seine Partei, bat den König um Parlamentsauflösung und löste auch die 1997 gewählten lokalen politischen Einheiten auf. Bei beiden Putschbestrebungen König Gyanendras, 4. Oktober 2002 und 1. Februar 2005, hieß der Premierminister ebenfalls Deuba. Auf dem Parteikongress des NC im September 2010 unterlag er zwar Sushil Koirala bei der Wahl des Parteivorsitzenden, hat danach aber parteiintern an Boden gewonnen. Im Gegensatz zu Sushil Koirala ist Sher Bahadur Deuba vom Volk legitimiert, weil er sogar in zwei Wahlbezirken erfolgreich war. Seine Haltung gegenüber der UCPN-Maoist unterscheidet sich allerdings nicht wesentlich von der Sushil Koiralas.

Schließlich ist aus dem NC noch Ram Chandra Poudel zu nennen, der sich durch sein oben bereits geschildertes Vorgehen bei den Bemühungen um eine neue Regierungsbildung für höhere politische Ämter selbst disqualifiziert hat. Eine derart undemokratisch vorgehende Person hat keine Legitimation für ein führendes Staatsamt, auch wenn er vom Volk gewählt wurde. Wie Deuba und Sushil Koirala, so zeichnet sich auch Poudel durch eine sehr konservative Haltung in Bezug auf den Friedens- und Erneuerungsprozess aus.

CPN-UML

Während in der Führung des NC eine konservative Denkweise überwiegt, ist die Haltung innerhalb der CPN-UML sehr divergent. Es gibt sowohl einen erzkonservativen Flügel, der eher zum NC passt, als auch einen gegenüber Reformen aufgeschlossenen Flügel, der durchaus Kooperationsmöglichkeiten mit gemäßigten Politikern der UCPN-Maoist sieht.

Letzterer Flügel wird vom Parteivorsitzenden Jhala Nath Khanal angeführt. Er ist als einziger der hier zu nennenden UML-Politiker 2008 direkt vom Volk gewählt worden und besitzt also auch die notwendige Legitimation. Khanal hat wiederholt versucht, eine Zusammenarbeit von CPN-UML und UCPN-Maoist herbeizuführen, ist aber parteiintern bisher immer an den konservativen Denkern seiner eigenen Partei gescheitert. Dabei gibt es durchaus viele Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Parteien, zumindest auf der Grundlage der Satzung der UML.

Der konservative Flügel der CPN-UML wird von Krishna Prasad Sharma Oli, meist nur K.P. Oli, angeführt. Anders als Khanal ist Oli bei den Wahlen von 2008 gescheitert und wurde auch nicht in die verfassunggebende Versammlung nachnominiert. Mit anderen Worten: Er besitzt gar keine Legitimation, behindert aber durch seine parteiinternen Machenschaften die Arbeit der verfassunggebenden Versammlung in ganz entscheidender Weise. Wie die meisten Führer des

NC, so ist auch der UML-Politiker Oli gegen jede Form der Kooperation mit der UCPN-Maoist. Er möchte keine Integration der einstigen maoistischen Partisanenkämpfer in die staatlichen Sicherheitskräfte. Unterstützung findet er dabei durch Verteidigungsministerin Bidya Bhandari, die ebenfalls bei den Wahlen vom Volk abgelehnt wurde.

Der dritte zu nennende Führer der CPN-UML ist Noch-Premierminister Madhav Kumar Nepal. Seine umstrittene Legitimation wurde bereits oben geschildert. Seit seinem formellen Rücktritt hat man den Eindruck, dass er alles tut, seine geschäftsführende Regierung noch so lange wie möglich im Amt zu halten. So geht er stets in Opposition zu Khanal, wenn immer dieser sich um einen Konsens mit der UCPN-Maoist bemüht. Er unterstützt die endlosen Wahlgänge des NC-Kandidaten für das Amt des Premierministers und sucht den Schulterschluss mit dem konservativen Flügel der CPN-UML, obgleich er diesem angesichts seiner früheren Haltung nicht unbedingt zuzuordnen ist.

UCPN-Maoist

Damit kommen wir zur letzten der drei großen Parteien. Angesichts der wiederholten Spaltungen der Tarai-Parteien gibt es daneben heute nur noch kleine Splitterparteien, von denen nur noch zwei oder drei über wenig mehr als zehn Abgeordnete in der verfassunggebenden Versammlung verfügen. Bei allen Diskussionen über Krisenbewältigung, Kompromisse und Konzessionen wird sehr oft übersehen, dass die UCPN-Maoist alleine über mehr Abgeordnete verfügt, als die beiden anderen großen Parteien zusammen. Dies alles macht klar, dass ohne eine ganz intensive Einbeziehung und Zusammenarbeit mit der UCPN-Maoist weder ein dauerhafter Frieden noch eine grundlegende Erneuerung des Landes erreicht werden kann. Der völlige Boykott der UCPN-Maoist durch den NC und den konservativen Flügel der CPN-UML ist daher kontraproduktiv und widerspricht dem erklärten Willen der Wähler.

Aber leider ist auch die CPN-Maoist keine in sich geschlossene Einheit. Bei ihr lassen sich drei Flügel erkennen, die offensichtlich wenig miteinander können. Als Pushpa Kamal Dahal 2008/9 für etwa ein Dreivierteljahr Premierminister war, gewann man zunächst den Eindruck, es handle sich bei ihm um einen gemäßigten, freundlichen Politiker, der in der Vergangenheit zu Unrecht einer großen Radikalität bezichtigt worden war. Dieses Bild hat sich heute ein wenig verschoben. Überwiegend freundlich tritt Dahal nach wie vor auf, aber im Kreise seiner Getreuen lässt er sich auch gerne wieder zu radikalen Äußerungen hinreißen. Daneben lässt sich heute ein ganz radikaler Flügel, angeführt von Mohan Vaidya, und ein gemäßigter, kooperationsbereiter Flügel der Partei, angeführt von Baburam Bhattarai, ausmachen.

Zwischen diesen beiden Flügeln pendelt Pushpa Kamal Dahal hin und her, offensichtlich auch auf der Suche, seine Stellung als Parteivorsitzender zu erhalten. Für den Friedensprozess bedenklich erscheint dabei, dass er eine größere Nähe zu Vaidya als zum stellvertretenden Parteivorsitzenden Bhattarai sucht. Dies mag auch darauf ausgerichtet sein, auf Dauer eine Abspaltung des radikalen Flügels zu verhindern, ist aber einem zügigen Abschluss des Friedens- und Erneuerungsprozesses wenig dienlich. Schon bei der Suche nach einer Konsensregierung Mitte 2010 machte Dahal deutlich, dass er sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen wollte. Ein parteiinterner Konkurrent kam als Premierminister für ihn nicht in Frage.

Ein Kandidat für dieses Amt wäre Baburam Bhattarai gewesen. Zwar hat der NC klar gemacht, dass er keinen maoistischen Premierminister mittragen würde, aber Stimmen aus den Reihen der CPN-UML könnte Bhattarai durchaus erhalten. Bhattarai zeichnet sich seit Monaten dadurch aus, dass er von vielen radikalen Ideen und Haltungen der Maoisten Abstand nimmt. Er spricht sich für einen raschen und zügigen Abschluss des Friedensprozesses einschließlich einer einvernehmlichen Lösung der Integration der PLA aus, fordert, dass die neue Verfassung fristgerecht verabschiedet werden soll und sucht einen direkten Dialog und eine Aussöhnung mit Indien. Ohne dessen Wohlwollen ist nämlich weder eine maoistische geführte Regierung noch ein dauerhafter Frieden noch einer Grunderneuerung des Landes möglich.

Parteiinterner Gegenspieler Bhattarais ist Mohan Vaidya. Dieser hat wiederholt zu einer erneuten Revolution aufgerufen. Unmissverständlich macht er klar, dass er den friedlichen Weg über die verfassunggebende Versammlung als gescheitert ansieht, dass dieser Weg für ihn ohnehin nur ein vorübergehender Schritt zur endgültigen Revolution war. Er legt also genau jene Haltung an den Tag, welche die konservativen Politiker des NC gerne der gesamten UCPN-Maoist nachsagen.

Integration der PLA und UNMIN

Die Haltung der nepalischen Politiker wird besonders deutlich beim Umgang mit der United Nations Mission in Nepal (UNMIN). Im umfassenden Friedensabkommen zwischen den Maoisten und dem nepalischen Staat wurde im November 2006 vereinbart, dass die beiden am vorherigen Konflikt beteiligten Armeen, also die staatliche, damals noch Royal Nepalese Army, und die maoistische PLA der Kontrolle von UNMIN unterstellt werden sollen, bis die PLA in Staat und Sicherheitskräfte integriert und ihre Mitglieder rehabilitiert sein würden. Diese Integration und Rehabilitation sollte Anfang 2007 umgehend von der dann von Girija Prasad Koirala geleiteten Übergangsregierung umgesetzt werden.

Leider sind seither mehr als vier Jahre ins Land gegangen. Abgesehen von einer zweimaligen Zählung der PLA durch UNMIN und der Aussonder-

ung minderjähriger Mitglieder der PLA ist bisher nicht viel geschehen. Noch immer lungern die einstigen maoistischen Kämpfer in den von UNMIN überwachten Lagern herum. Sie sind nicht mehr zu vergleichen mit der gut trainierten PLA, die bis Anfang 2006 von der staatlichen Armee nicht besiegt werden konnte. Niemals könnten diese einstigen Kämpfer rasch wieder in einen bewaffneten Aufstand geschickt werden, wie es sowohl die konservativen Politiker aus NC und CPN-UML als auch der radikale Flügel der UCPN-Maoist um Mohan Vaidya glauben machen wollen.

Bedenklich ist daher, wie die nepalischen Politiker mit UNMIN umgehen. Das Mandat von UNMIN war sehr begrenzt; UNMIN sollte den Friedens- und Integrationsprozess lediglich kontrollierend begleiten. Niemals aber hatte UNMIN die Aufgabe, die Integration selbst zu betreiben. Diese Aufgabe lag einzig und allein in den Händen der Politiker. Die allein sind daher für das bisherige Scheitern dieses Prozesses verantwortlich.

Die staatliche Armee verstand es sehr rasch, sich der Kontrolle durch UNMIN zu entziehen. Neue Rekrutierungen von Soldaten für die staatliche Armee sind trotz der ohnehin viel zu großen personellen Stärke der Armee und des Verbots durch das Friedensabkommen wiederholt vorgenommen worden. Heute wird der Eindruck vermittelt, als handele es sich bei der PLA um eine unterlegene Partisanenarmee, die einfach abgewickelt werden müsse. Das aber ist eine Entstellung der Tatsachen.

Der Umgang mit UNMIN seitens der Regierung und der Parteien spiegelt die unterschiedlichen Einschätzungen und Interessen wider. All jenen Kräfte, die sich durch eine konservative Denkweise auszeichnen und ein geringeres Interesse an grundlegenden Veränderungen haben, ist die Präsenz von UNMIN schon lange ein Dorn im Auge. Bereits in 2009 hatten nicht nur die Armee, sondern auch der Nepali Congress und das Oli-Lager der CPN-UML vehement ein Ende des UN-Einsatzes in Nepal gefordert. Überhaupt fordern sie in diesem Zusammenhang ein völliges Umschreiben des umfassenden Friedensabkommens mit den Maoisten.

In 2010 verschärfte man den Druck. Die neutrale Haltung von UNMIN war den konservativen Kräften ein Dorn im Auge. UNMIN sollte aus ihrer Sicht vornehmlich die Interessen der Regierung unterstützen oder aber das Land verlassen. Insgesamt dreimal wurde 2010 der Vertrag über die Arbeit von UNMIN um jeweils vier Monate verlängert, immer nach langen Diskussionen und in letzter Sekunde. Am 15. Januar 2011 muss UNMIN nun gehen. Und das in einer Situation in welcher sich der Friedens- und Erneuerungsprozess seiner größten Gefährdung seit April 2006 ausgesetzt sieht.

Die Integration und Rehabilitation der PLA, deren begleitende Überwachung das Hauptanliegen von UNMIN war, ist noch immer völlig ungelöst. Der

von der Regierung eingesetzte Sonderausschuss für die Integration der PLA kann nicht die neutrale Beobachtung des Prozesses durch UNMIN ersetzen. Ebenso wenig ist Indien, das seine eigenen Interessen in Nepal verfolgt und ein traditionell schwieriges Verhältnis zu den nepalischen Maoisten unterhält, in der Lage, die Rolle von UNMIN übernehmen.

Am 6. Januar 2011 legte Karin Landgren, die scheidende Chefin von UNMIN, dem Weltsicherheitsrat ihren Schlussbericht vor. Ihr Urteil über die Lage in Nepal war für die Regierung und die konservativen Kräfte, aber auch für den radikalen Flügel der Maoisten ein Schlag ins Gesicht. Die üblichen diplomatischen Floskeln außer Acht lassend präsentierte Landgren eine gnadenlose Abrechnung, in der sie die Situation in Nepal ungeschönt beschrieb und mögliche Folgeszenarien ansprach. Es sei zwar nicht zu erwarten, dass Nepals dramatische politische Errungenschaften rückgängig gemacht würden, aber die Risiken hätten deutlich zugenommen. Die Androhung eines erneuten Volk-
aufstands sei seitens der Maoisten wiederholt worden. Auch sei mehrfach von verschiedenen Seiten gefordert worden, der Präsident solle die Macht übernehmen oder es werde gar von einem Staatsstreich mit Unterstützung der Armee gesprochen. Jede dieser Maßnahmen würde eine extreme Gefährdung für den Frieden und Nepals zerbrechliche Demokratie bedeuten. Das Scheitern des Friedensprozesses sei zu einer bedrohlichen Realität geworden. (zitiert nach Kathmandu Post, 07.01.2011)

Landgrens Äußerungen lösten heftigste Proteste der Regierung, des Präsidenten und der konservativen Parteikreise aus. Dabei hatte sie ausgesprochen, was aufmerksamen Beobachter seit langem bewusst ist. Einflussreiche konservative, aber auch radikale maoistische Kreise wollen ganz offensichtlich keinen erfolgreichen Abschluss des Friedens- und Erneuerungsprozesses. Präsident

Ram Baran Yadav mag sich zu Recht aufregen, weil er nicht wirklich die Macht übernehmen will, aber es ist eine Tatsache, dass er von diversen Seiten wiederholt dazu aufgefordert wurde. Und es ist auch eine Tatsache, dass er nie ausgesprochen hat, dass er dieser Aufforderung nicht nachkommen will, ja, dass er gemäß der Übergangsverfassung überhaupt kein Recht dazu hat, die Macht zu übernehmen. Dass sich Präsident Yadav im Mai 2009 in die Exekutive eingemischt und die Entscheidung der Entlassung des widerspenstigen Armeechefs rückgängig gemacht hat, wird nämlich trotz einer anders lautenden Aussage des Obersten Gerichtshofes von vielen Verfassungsexperten noch immer als Verfassungsbruch angesehen. Ein erneuter wäre also nicht ganz abwegig.

In gleicher Weise hat sich die Armee in den vergangenen Jahren wiederholt über die Vereinbarungen des Friedensabkommens vom November 2006 hinweggesetzt. In der Zeit der maoistisch geführten Regierung hat sich die Armeeführung im Frühjahr 2009 mehrfach den Anordnungen der Regierung widersetzt. Noch immer gelten aus der Zeit des maoistischen Aufstands über tausend Personen als aus dem Gewahrsam der Armee verschwunden. Die Verfolgung bekannt gewordener Verbrechen wird mit Unterstützung der Verteidigungsministerin verhindert. Warum sollte man da nicht die Befürchtung äußern, von der Armee könne auch eine weitergehende Gefahr ausgehen? Die Armee ist jedenfalls ein schwer einzuschätzender Faktor.

Karin Landgren hat vor dem Weltsicherheitsrat ausgesprochen, was viele Menschen in Nepal bedrückt, die ihre Hoffnung auf Frieden und Erneuerung gesetzt hatten. Es bleibt der Eindruck, dass mit den derzeitigen verantwortlichen Politikern der Prozess nicht zu einem positiven Ende geführt werden kann. Der vorzeitige Abzug von UNMIN erschwert den weiteren Verlauf jedenfalls erheblich.

Kontakt: info@nepalobserver.de